

14. Schlangenbader Gespräch

Jenseits der guten Absichten: Russland, der Westen und die Herausforderung der Nachhaltigkeit

Schlangenbad, 28. bis 30. April 2011

Veranstalter

Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau
Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt

in Kooperation mit

Konrad-Adenauer-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau
Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen,
Russische Akademie der Wissenschaften

Protokoll

Jewgenija Bakalowa
Johannes Klassen
Vera Rogowa

Das 14. Schlangenbader Gespräch fand vom 28. bis 30. April 2011 statt. In diesem Jahr stand es unter dem Leitthema „Jenseits der guten Absichten: Russland, der Westen und die Herausforderung der Nachhaltigkeit“. Der Titel zeigt an, dass die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen nach dem Tiefpunkt im August 2008 immer noch eine der eher seltenen Schönwetterperioden erfahren. Wie in der Aufschwungphase des vergangenen Jahres widmeten sich daher die Gespräche auch 2011 der Frage, wie diese Periode zur gemeinsamen Problemlösung genutzt und wie sie stabilisiert werden kann, um eine neuerliche krisenhafte Zuspitzung der Beziehungen zu verhindern. Dabei standen sicherheitspolitische Fragen im Mittelpunkt – nach dem Lissabon-Gipfel in Sonderheit das immer noch prekäre Verhältnis Russlands zur NATO. Thematisiert wurden aber auch der arabische Frühling sowie die Ukraine im Spannungsfeld zwischen Ost und West.

Panel 1:

Die NATO, Russland und die gesamteuropäische Sicherheit

Ausgangs- und Mittelpunkt der sicherheitspolitischen Debatte, für die zwei Panels reserviert wurden, war Russlands Verhältnis zur NATO und dessen Einpassung in die europäische Sicherheitsordnung. Dabei ging es vor allem um die Frage, wie die wechselseitige Versicherung guter Absichten, keine neuen Konflikte heraufbeschwören und das Erbe des Kalten Kriegs endgültig überwinden zu wollen, in die Wirklichkeit übersetzt werden könnte. Dazu hatte der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle angeregt, Russland an die NATO heranzuführen und mittelfristig in das Bündnis aufzunehmen, was in Schlangenbad offen – aber auch kontrovers – diskutiert wurde. Gleichmaßen auf Zustimmung wie auf Vorbehalte stieß das Plädoyer des ehemaligen russischen Außenministers Igor S. Iwanow für einen pragmatischen Ansatz, der problemorientierte „Regime“ neuen Organisationen und institutionellen Lösungen vorzog. Hier traf insbesondere das prominenteste gemeinsame Projekt, die Raketenabwehr, auf verbreitete Skepsis. Einigkeit bestand darüber, dass die Chance der aktuell entspannten Beziehungen nicht ungenutzt verstreichen dürfe. Hier sei fraglos eine gemeinsame Vision hilfreich, etwa in Gestalt der russischen NATO-Perspektive.

Panel 1 und 2 beschäftigten sich mit der Frage der Beziehungen zwischen Russland und der NATO sowie den unterschiedlichen Bereichen, Chancen und Schwierigkeiten der Kooperation. Insbesondere wurde das Thema eines möglichen Beitritts Russlands zur NATO diskutiert.

Im ersten Teil der Diskussion stand zunächst das Thema im Vordergrund, wie die zukünftige Ausrichtung und Zielsetzung der NATO zu gestalten und der seit dem Ende des Kalten Krieges veränderten Realität anzupassen sei. Insbesondere die Sicht auf den ehemaligen Kontrahenten, das heutige Russland, wurde als ein zentraler Faktor diskutiert, der über Gelingen oder Scheitern der Kooperation entscheide. Aber auch die Rolle der russischen Innen- und Außenpolitik fand Aufmerksamkeit, da eine Zusammenarbeit nur auf der Grundlage beidseitiger Verständigung gelingen könne. Als Ergebnis lassen sich zwei Ansätze festhalten: ein auf Institutionen und umfassende Verträge basierendes Top-Down-Modell sowie der flexiblere, von unten nach oben funktionierende Regime-Ansatz mit selektiven Kooperationsbereichen.

In seiner Einleitung wies **Hans-Joachim Spanger** auf den Hintergrund der Diskussion hin: den Artikel in der Zeitschrift „Spiegel“, in dem der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle schon 2010 gemeinsam mit einem Kreis von Experten in einem Artikel in der Zeitschrift „Spiegel“ für einen NATO-Beitritt Russlands plädiert hatte. Dabei habe Rühle vor allem ein strategisches Bündnis zwischen den USA, Russland und der EU befürwortet, um in einer veränderten, multipolaren Welt mit sich verschiebenden Machtzentren handlungsfähig bleiben zu können. So spielten vor allem Asien und China eine immer wichtigere Rolle. Es käme darauf an, über Absichtserklärungen hinaus konkrete Schritte zu benennen. Eine Zusammenarbeit könne nur dann gelingen, wenn es einen partnerschaftlichen Dialog gebe – kein leichtes Unterfangen, das auch die beiden Referenten Volker Rühle und Igor S. Iwanow in ihren Beiträgen erörterten.

Volker Rühle sprach darüber hinaus das Problem der Befangenheit an, das die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen oftmals erschwere und eine nüchterne Analyse verhindere. Erinnerungen und Begrifflichkeiten, vor allem aus der Zeit des Kalten Krieges, hätten weiterhin Einfluss auf heutige Entscheidungen. Es sei daher besonders wichtig, diese Denkweise hinter sich zu lassen, um Antworten auf wesentliche Herausforderungen zu finden, die sich heute beiden Seiten gleichermaßen stellten. So gewinne Asien immer mehr Bedeutung und Macht, weshalb **Rühle** auch vor einer Marginalisierung Europas und den USA warnte. Allerdings hob er auch hervor, dass sowohl der Erweiterungsprozess der EU als auch der NATO an seine Grenzen gelangt sei und es nun gelte, neue Ansätze einer Annäherung zu finden.

Im Folgenden wies **Rühle** darauf hin, dass die NATO in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr existieren könne, sondern sich an die heutige Situation 20 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges anpassen und eine neue Ausrichtung finden müsse. Die Aufgaben, die bei ihrer Gründung im Mittelpunkt gestanden hätten, wie die Abwehr der Sowjetunion, seien nicht mehr aktuell. Heute gelte es vor allem, die USA, die sich immer stärker nach Asien orientierten, in das Bündnis einzubinden und Russland als Partner zu integrieren, um gemeinsam den neuen globalen Herausforderungen begegnen zu können, die sich nicht auf die euro-atlantische Region beschränkten. In diesem Zusammenhang bezeich-

nete **Rühe** Russland als einen „dritten Westen“ neben den USA und Europa und unterstrich damit die Gemeinsamkeit zwischen den ehemaligen Kontrahenten. Auch **Irina J. Kobrinskaja** unterstützte diese Sichtweise und sprach vom weiterhin bestehenden bipolaren Denken als einem Relikt des Kalten Krieges. Sie schlug vor, nicht mehr von einem euro-atlantischen, sondern einem euro-pazifischen Raum zuzusprechen und damit die Beziehungen zwischen Russland und den USA in den Mittelpunkt zu stellen.

Zum Abschluss seines Vortrags zeigte **Rühe** die wichtigsten Faktoren auf, die einen Beitritt Russlands zum Nordatlantikpakt ermöglichen könnten. Gemeinsame Projekte seien wichtig, da sie zu einer Veränderung des Bewusstseins und zu wachsendem Vertrauen führten. Daher spiele die Diplomatie eine wichtige Rolle, um ein gemeinsames Verständnis für ge-



V. Ruhe, S.A. Karaganow

eignete Lösungen zu fördern. Gefahren kämen heute „von außen“ – so wie die Proliferation oder der internationale Terrorismus. Weder die NATO noch Russland stellten eine Bedrohung für den jeweils anderen dar. Würde daraus abgeleitet, dass man den neuartigen Herausforderungen am besten gemeinsam begegnet, könnte eine Annäherung und Zusammenarbeit gelingen. **Rühe** erkannte zwar noch zahlreiche trennende Faktoren historischer, systemischer und politischer Art, for-

derde beide Seiten aber dazu auf, alle Kraft für gemeinsame Projekte aufzuwenden, um ein Hineinwachsen in partnerschaftliche Systeme zu ermöglichen.

Mit seiner Befürwortung eines NATO-Beitritts Russlands löste **Rühe** eine kontroverse Debatte unter den Teilnehmern aus. So wies **Karsten Voigt** den Beitritt als unrealistisch zurück. Zwar sei das Verhältnis zu Russland für den Nordatlantikpakt die aktuell wohl wichtigste Herausforderung und Chance im Osten, dennoch hätte das Land in den USA nicht die Priorität wie etwa in Europa. Da sich die Vereinigten Staaten verstärkt nach China orientierten, hätte dort ein Beitritt nur wenige Unterstützer. Zudem sei das Problem, dass einige Verbündete sich nach wie vor von Russland bedroht fühlten und die NATO deshalb primär als Verteidigungsbündnis begriffen. Hier wies **Voigt** vor allem auf den Georgien-Konflikt hin. Auch **Wladimir P. Nasarow** äußerte Skepsis, allerdings machte er auf die in Russland vorherrschende Unsicherheit in Bezug auf die NATO aufmerksam. Durch Operationen wie in Afghanistan erschwere der Nordatlantikpakt eine Annäherung, da Russland nicht die Ziele erkenne und die Stabilität der für das Land wichtigen Region vielmehr als untergraben denn als verbessert sehe. **Klaus Wittmann** forderte eine differenzierte Sicht auf das Problem und sah auf beiden Seiten Bedarf an Selbstkritik. Während die NATO die Beiträge Russlands weitestgehend missachte und ungeschickte Verhandlungen führe, indem sie die besondere politische Psychologie des

Landes weitgehend ignoriere, verprelle Russland seine Nachbarn und begreife Sicherheit weiterhin als ein Nullsummenspiel, was das Sicherheitsgefühl der Verhandlungspartner nicht fördere. **Aleksandr V. Gruschko** wies zudem darauf hin, dass sich das Verhältnis zur NATO insgesamt sehr komplex und eher schwierig gestalte, während die bilateralen Beziehungen Russlands zu den meisten Mitgliedstaaten gut seien. Daher sei eine Annäherung ohne Beitritt vorzuziehen und seien bestehende Kooperationen mit diesem Ziel auszubauen.

Aleksej W. Malaschenko bezweifelte, dass gemeinsame Prinzipien zu finden seien, was aber Voraussetzung für die Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO wäre. Seiner Ansicht nach existierten zahlreiche Besonderheiten der russischen Politik wie etwa die starke Personifizierung der politischen Entscheidungen, ein Umstand, der von den westlichen Staaten nicht hinreichend begriffen würde. Auch **Hannes Adomeit** wies auf die noch immer konflikthafter Beziehungen hin, da insbesondere der osteuropäische Raum von beiden Seiten als Einflussosphäre angesehen werde. Daher gebe es eine höchstens partielle Übereinstimmung von Interessen, während ein fundamentaler Konsens als Grundlage für den NATO-Beitritt noch in weiter Ferne sei. **Wladimir G. Baranowskij** gab zu bedenken, dass selbst die Anerkennung gemeinsamer Ziele noch nicht bedeute, dass diese Probleme auch gelöst würden. Gerade die Umwandlung von Leitsätzen in konkrete Politik sei eine große Herausforderung und erfordere zudem viel Zeit. Außerdem genüge es nicht, wie **Dmitrij W. Suslow** anmerkte, über Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu sprechen, wenn das Vertrauen zwischen beiden Seiten nicht gegeben sei. Dies träfe aber immer noch auf den Nordatlantiktakt und Russland zu, denn die Bedrohungswahrnehmung sei ausgeprägt und dominiere die politischen Schritte.

Eine andere, mögliche Sichtweise auf den NATO-Beitritt Russlands sprach der ehemalige Außenminister der Russischen Föderation, **Igor Iwanow**, an und widersprach damit **Voigt** im Hinblick auf die mangelnde Vertrauenswürdigkeit Russlands als strategischem Partner für den Nordatlantiktakt. Er erinnerte an den russischen Beitritt zum Europarat 1996, der im Vorfeld ebenfalls auf großen Widerstand gestoßen war, der aber rückblickend durchaus als Erfolg gewertet werden könne. Er habe zahlreiche Reformen in Russland angestoßen und damit einen positiven Effekt auf die Zusammenarbeit gehabt. Andererseits gab **Rolf Mützenich** zu bedenken, dass es zahlreiche Kriterien gäbe, die jeder Mitgliedstaat der NATO zu erfüllen habe. Diese Maßstäbe müssten auch für Russland gelten. Dazu zählten vor allem Rechtsstaatlichkeit, eine demokratische Kontrolle der Streitkräfte, Anerkennung von Grenzen und die Bemühung um friedliche Konfliktlösungen im Inneren wie in der Außenpolitik. Bei der Erfüllung dieser Anforderungen sei weder eine Ausnahme zu machen noch sei ein Vertrauensvorschuss zu gewähren, denn eine Zusammenarbeit ausschließlich auf der Grundlage von Sicherheitsinteressen sei nicht denkbar.

Während im Anschluss an den Beitrag von **Rühe** die Zusammenarbeit zwischen Russland und der NATO aus der top-down-Perspektive, also auf der Grundlage umfassender Verträge und innerhalb bestehender internationaler Institutionen, diskutiert wurde, präsentierte **Igor S. Iwanow** in seiner Einführung eine andere Herangehensweise. Er stellte



I.S. Iwanow, V. Ruhe, S.A. Karaganow

zunächst fest, dass sich angesichts ähnlicher Herausforderungen auf globaler Ebene die Positionen der ehemaligen Kontrahenten im Kalten Krieg angenähert hätten und sich heute nur noch in Nuancen unterschieden. Trotz einiger divergierender Interessen würden weitgehend ähnliche Vorschläge gemacht, doch dies führe bisher nicht zum Erfolg. Der Grund liege, so **Iwanow**, eher in einem Unwillen beider Seiten, miteinander zu kooperieren, als in grundlegenden Diffe-

renzen aufgrund religiöser, geo-politischer oder kultureller Verschiedenheiten. Daher gebe es trotz zahlreicher ausgearbeiteter Papiere keinen euro-atlantischen Sicherheitsraum und nur ungenügende kollektive Mechanismen für die gemeinsame Bearbeitung von Problemen. Der ehemalige Außenminister warnte davor, den günstigen Zeitpunkt, der sich beispielsweise durch die politische Konstellation in den USA ergeben habe, auf der Suche nach einer universellen Lösung verstreichen zu lassen. Dieses Zeitfenster, das nicht lange offen bleibe, sollte vielmehr genutzt werden, um Kooperationen dort zu verwirklichen, wo dies möglich sei.

Auch **Sergej A. Karaganow** sah in bestimmten politischen Konstellationen, wie etwa der demokratischen Administration in den USA, seit 2008 günstige Bedingungen für eine Annäherung und eine Zusammenarbeit. Dagegen wandte **Andrej W. Sagorskij** ein, dass sich solche Gelegenheiten nicht böten und dann wieder verschwänden, sondern dass man sie durch positive oder negative politische Signale aktiv schaffen müsse.

Iwanow kritisierte Institutionen wie die UNO oder die NATO als ineffizient und erinnerte daran, dass deren schwerfällige und langwierige Entscheidungsfindung oftmals dem sich schnell wandelnden internationalen Leben nicht gewachsen sei. Eine zeitnahe Reaktion auf unvorhersehbare Krisen werde so unmöglich. Ein Regime-Ansatz, der konkrete Projekte auf abgegrenzten Kooperationsfeldern verfolgt, sei dem vorzuziehen. Ein Beispiel sei die Zusammenarbeit zwischen der EU und Russland, die sich seit 2001 um die Errichtung von vier „gemeinsamen Räumen“ bemühe: Wirtschaft, innere Sicherheit und Justiz, äußere Sicherheit sowie Kultur. In diesen sei es möglich, gemeinsame Regeln und Normen zu etablieren, ohne dass hierzu eine vollkommene Übereinstimmung notwendig sei. Schwierige Themen wie etwa die Raketenabwehr könnten so zunächst außen vor gelassen werden und verhinderten nicht grundsätzlich die Kooperati-

on. **Iwanow** wies darauf hin, dass gerade bei konkreten Herausforderungen wie der Proliferation, Migration, Ökologie, dem Drogenhandel, der transnationalen Unternehmen oder dem Terrorismus auf dem Lissaboner Gipfel gemeinsame Interessen definiert worden seien. Der Regime-Ansatz böte zudem den Vorteil, dass sich die einzelnen Staaten in für sie besonders wichtigen Feldern selektiv engagieren könnten, was zu größerer Flexibilität führe.

Ein wichtiger Vorteil dieser bottom-up-Herangehensweise sei, so **Iwanow**, dass sie leichter von innenpolitischen Veränderungen oder Krisen und Problemen in anderen Bereichen abgeschirmt werden könne. Die außenpolitische Ausrichtung werde oftmals von der Konjunktur im Inneren diktiert und das gefährde die Zusammenarbeit sehr, da es eine wesentlich längere Zeitspanne als beispielsweise eine Wahlperiode erfordere, um eine gemeinsame Sprache zu finden und Vertrauen aufzubauen. Für eine Lösung dieses Problem sei es wichtig, Verhandlungen und Projekte von internationalen Experten begleiten zu lassen, die politisch unabhängig seien.

Der Vorschlag, die Rolle der internationalen Institutionen zugunsten von konkreten Projekten zu verringern, wurde im Anschluss an den Vortrag von **Iwanow** kontrovers diskutiert. So stimmte **Ulrich Brandenburg** einer solchen Lösung zu und bezeichnete sie als einen pragmatischen Ansatz, um wichtige Themen effektiv behandeln zu können. Es habe sich eine große Annäherung in so wichtigen Themen wie dem Handel oder Reiseverkehr ergeben, die gute bilaterale Beziehungen sicherstellten. Allerdings sei der Sicherheitsbereich noch ideologisch aufgeladen und vom Kalten Krieg geprägt, was kollektive Lösungen erschwere. Gerade dies könne man durch den bottom-up-Ansatz verhindern und somit zu mehr Gemeinsamkeiten durch erfolgreiche Zusammenarbeit gelangen. Auch **Gruschko** zeigte Beispiele auf, die belegten, dass es Erfolge bei der gegenseitigen Unterstützung und Solidarität gebe. Dazu gehöre vor allem die technische Hilfe nach Terroranschlägen und (Natur-) Katastrophen wie etwa den Anschlägen vom 11. September oder den Waldbränden in Russland im Sommer 2010 sowie eine geteilte Verantwortung in Afghanistan, wo auch Russland Verpflichtungen übernehme. Durch solche kollektiven Aufgaben gewinne der NATO-Russland-Rat über bloße Zusicherungen hinaus praktischen Nutzen und Bedeutung.

Der These vom Bedeutungsverlust internationaler Institutionen widersprach **Mütznich**, da die vielfältigen Interessen nur in diesem Rahmen effektiv abgestimmt werden könnten. Dies sei aber Grundlage für eine kollektive Handlungsfähigkeit, auch wenn sich dadurch die Reaktion auf Konflikte oder Krise verzögere. Auch im Sinne der Demokratie spielten die Institutionen nach



wie vor eine zentrale Rolle und ermöglichten friedliche Lösungen. Gleichzeitig warnte **Peter W. Schulze** davor, den Ansatz solcher flexiblen Regime als eine schnelle und bequeme Lösung zu verfolgen und damit kritischen Fragen aus dem Weg zu gehen. Gerade die Kooperation im rüstungs-technischen Bereich sei ein wichtiges Ziel und könne lediglich innerhalb von Institutionen gelingen, die nicht durch neu entstehende Regimes verwässert werden dürften. Auch **Kobrinskaja** sprach sich eher für den von **Rühe** vertretenen Ansatz verbindlicher Dokumente und institutioneller Kooperation aus, da der Sicherheitsraum als unteilbar zu begreifen sei, um Gefahren effektiv begegnen zu können. Zudem wies **Karaganow** mit Bezug auf die vorausgegangene Diskussion über das sich bietende Zeitfenster darauf hin, dass der Aufbau von funktionierenden Regimen langfristige Planung und Kooperation erfordere und daher die kurzfristig bestehende Chance versäumt werden könne. Besser sei es, verbindliche und umfassende Strukturen aktiv zu schaffen.

Panel 2:

Russland in die NATO? Fortsetzung der Diskussion

Im zweiten Teil der Debatte zum Thema „Die NATO, Russland und die gesamteuropäische Sicherheit“ kamen ergänzend auch andere Aspekte zur Sprache, so vor allem die Rüstungskontrolle im konventionellen und nuklearen Bereich sowie die zentrale Frage eines Raketenabwehrschirms in Europa. Ebenso wurden die bereits im ersten Panel angesprochenen „neue Gefahren“ näher definiert. Im Anschluss an den von **Volker Ruhe** und **Igor S. Iwanow** thematisierten Gegensatz zwischen bilateralen Regimen und internationalen Organisationen als Instrumenten der Zusammenarbeit ging es um die heutige Rolle und die Perspektive internationaler Institutionen und um die künftige Weltordnung.

In seinem einleitenden Vortrag ging der Stellvertretende Außenminister der Russischen Föderation, **Aleksandr V. Gruschko**, noch einmal auf die Beziehungen zwischen der NATO und Russland ein und unterstrich die Bedeutung des Lissaboner Gipfels, der ein neues Kapitel eröffnet habe. Gleichzeitig betonte er die Bedeutung bilateraler Elemente und der Expertengemeinschaft und stellte fest, dass trotz funktionierender internationaler Institutionen die Zusammenarbeit weiterhin auf nationalen Entscheidungen basiere. **Gruschko** lobte Ansätze zur gemeinsamen Analyse von Problemen, beispielsweise im Rahmen des NATO-Russland-Rats, verwies aber darauf, dass weiterhin Trennungslinien

beständen. Es sei unabdingbar, dass die Kooperation auf den Grundsätzen der Unteilbarkeit der Sicherheit, Stabilität und Transparenz basiere, und gemeinsame Projekte die legitimen Interessen beider Seiten berücksichtigten.

Eine besondere Rolle in den Beziehungen spiele die Raketenabwehr. Die Entwicklung eines gemeinsamen Abwehrsystems, wie vonseiten der Russischen Föderation vorgeschlagen, könne Potenziale vereinen und zu einem gemeinsamen Projekt für die Mitgliedstaaten der NATO und Russland werden. Andererseits bedeute ein Scheitern, dass beide Seiten noch nicht bereit seien, eine strategische Partnerschaft einzugehen und im wichtigen sicherheitspolitischen Bereich zu kooperieren.

Auch **Rolf Mützenich** stimmte zu, dass diesem Thema momentan eine große Bedeutung zukomme. Er sah die Gespräche bereits als einen Erfolg an, da dies noch vor einigen Jahren nicht möglich gewesen sei, was auch auf den Wechsel der Administration in den USA und das im ersten Panel diskutierte „Fenster der Möglichkeiten“ zurückgeführt werden könne. Allerdings warnte **Mützenich** davor, dieses Problem nur regional und nicht global zu behandeln, denn gerade eine erfolgreiche Kooperation zwischen NATO und Russland führe eventuell zu neuen Problemen. In diesem Zusammenhang nannte er das entstehende Bedrohungspotenzial aus Sicht der Atommacht China, würde der euroatlantische Raum effektiv geschützt.

Sergej A. Karaganow wies dagegen darauf hin, dass hinter der Planung der Raketenabwehr starke innenpolitische Interessen der einzelnen Staaten stünden, sie aber im Grunde nicht notwendig sei. Eine Zusammenarbeit sei zwar zu unterstützen, aber er sehe keine Chance, dass ein funktionierendes System zustande komme. Dieser Einschätzung widersprach **Gerhard Mangott**, nannte aber wichtige Vorbedingungen für das Gelingen. So sei es notwendig, von Anfang an von einem gemeinsamen System mit inklusiven Kommandostrukturen auszugehen. In der Tat gestalte sich eine derart weitreichende Kooperation momentan als schwierig, da sie beidseitiges Vertrauen erfordere. Diese These unterstützend wandte **Dmitrij W. Suslow** ein, dass vor allem das „Problem des roten Knopfes“ entschieden werden müsse. Dieses beziehe sich auf eine gleichberechtigte Beteiligung der Russischen Föderation an der Entscheidung über den Einsatz des Systems und sei vor allem für die NATO die zentrale Herausforderung. Nur wenn die Mitglieder des Nordatlantikpakts bereit seien, Russland diese Rolle zuzugestehen, könne eine Kooperation erfolgreich sein.

In Bezug auf diese Forderung Suslows betonte **Gruschko**, dass politisches Kalkül bei diesem wichtigen Sicherheitssystem fehl am Platz sei. Er erinnerte daran, dass im Falle eines Angriffs nicht Politiker, sondern für solche Situationen ausgebildete Offiziere die Entscheidungen trafen. Dabei komme es nicht darauf an, ob dieses Fachpersonal zu Russland oder einem NATO-Mitglied gehöre, vielmehr stehe die Nachvollziehbarkeit des Einsatzes aus militärischer Sicht im Vordergrund. Ein Sicherheitssystem ohne ge-

meinsame Kommandostrukturen, wie etwa ein sektorales Konzept, konnte sich **Gruschko** nicht vorstellen und begründete diese Einstellung mit der Unteilbarkeit von Sicherheit.

Nicht nur Proliferation und Raketenabwehr seien von großer Bedeutung, sondern, so **Gruschko**, auch die Rüstungskontrolle. Trotz aller schwerwiegenden Probleme sei unbedingt zu vermeiden, dass hier Untätigkeit ein Vakuum entstehen lasse. Auch **Mützenich** stimmte dieser Forderung zu und betonte, dass die nukleare und die konventionelle Rüstung nicht voneinander getrennt behandelt werden könnten. Dabei sah er als wichtig an, dass der beim OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 verhandelte AKSE-Vertrag bei der konventionellen Rüstungskontrolle weiterhin das zentrale Instrument bleibe; dies erfordere aber neue Verhandlungen und ein verstärktes Interesse der NATO-Mitglieder an Abrüstung. In diesem Zusammenhang warnte **Andrej W. Sagorski** davor, dass dieses wichtige Kontrollregime verloren werden könne, falls es in dem festgefahrenen Konflikt keinen baldigen Fortschritt gäbe.

Ebenso verwies **Karaganow** darauf, dass gerade konventionelle Waffen heute ein Bedrohungspotenzial darstellten, während strategische Nuklearwaffen nur eine geringe Rolle spielten. So seien sie lediglich nötig, um die konventionelle Überlegenheit auszugleichen. China sei ein gutes Beispiel hierfür. Es komme darauf an, eine wirkungsvolle Rüstungskontrolle zu etablieren, um der permanenten gegenseitigen Bedrohung entgegenzuwirken.

Der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, **Rolf Mützenich**, betonte in seinem Vortrag zunächst die Bedeutung von Institutionen wie der NATO, die sich zwar an die aktuellen Herausforderungen anpassen müssten, jedoch wichtig seien, um die Interessen und Handlungen der einzelnen Staaten aufeinander abzustimmen. Er widersprach damit der These von **Iwanow**, dass internationale Institutionen durch Ineffizienz und schwerfällige Entscheidungsstrukturen zunehmend an Einfluss verlören.



Diese beiden Standpunkte wurden anschließend kontrovers diskutiert. So sah **Karaganow** derzeit eine starke Tendenz zur Renationalisierung der internationalen Politik und vermutete, dass diese Entwicklung innerhalb der nächsten sieben bis acht Jahre eine neue Realität schaffen werde. Auch **Mützenich** räumte ein, dass als Folge der Finanz- und Eurokrise selbst in der EU solche Trends zu finden seien, bewertete diese Tatsache aber als ein lösbares Problem. **Wilhelm Hankel** verwies auf das Versagen von internationalen Institutionen bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen. So habe vor allem die Finanzkrise gezeigt,

dass jeder Staat spezifische Probleme habe, für die solche Organisationen schlichtweg nicht geschaffen seien. Sie könnten die Probleme vielmehr verschärfen, wie die Eurokrise zeige. Eine Aktivierung bilateraler Beziehungen und der Diplomatie seien notwendig. **Adam Rotfeld** sprach in diesem Zusammenhang von einem Primat der Innenpolitik, da sich Gesellschaften vornehmlich auf Probleme im Inneren konzentrierten, die gegenwärtig in den meisten Staaten in großer Zahl vorhanden seien. Auch dies unterstütze die Tendenz zur Renationalisierung. **Wladimir G. Baranowskij** wies diese These zurück. Gerade die internationale Krise zeige, dass Probleme nur in globalem Rahmen und bei weitreichender Kooperation bewältigt werden könnten. Auch **Rühe** kritisierte die Ansicht, nationale Probleme, sofern es so etwas überhaupt gäbe, könnten effektiv innerhalb eines einzelnen Staates gelöst werden. Vielmehr sei dies nur in einem größeren, durch internationale Institutionen geformten Rahmen möglich.

Im weiteren Verlauf seines Vortrags kam **Mützenich** darauf zu sprechen, dass die NATO für die Lösung vieler regionaler Konflikte nicht der richtige Ansprechpartner sei. Vielfach sei die Kooperation zwischen der EU, der OSZE und Russland weitaus besser geeignet. Auch **Karaganow** hob das wichtige Verhältnis zwischen der Russischen Föderation und der Europäischen Union hervor und verwies dabei vor allem auf die gemeinsame Kultur und den Stellenwert eines zivilisatorischen Europas, zu dem auch Russland gehöre. Gleichzeitig diene die Schaffung der vier „gemeinsamen Räume“ zwischen diesen Partnern, die durch einen Regime-Ansatz die Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Justiz, äußere Sicherheit sowie Kultur vorantrieben, als Vorbild für die Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit der NATO.

Hannes Adomeit zeigte sich weniger optimistisch und erinnerte daran, dass es zwar erfolgreiche Projekte gebe, sich aber vor allem die GUS-Staaten als Konfliktzone erwiesen, in denen sich keine funktionierende Initiative zwischen Russland und der EU finden ließe. Ebenso warf **Rotfeld** die Frage auf, ob die Europäische Union ihre Rolle in Zukunft überhaupt bewahren werde. Neben der aktuellen schweren Krise zeige sie sich auch unfähig, das wichtige Problem einer gemeinsamen Außenpolitik zu lösen, was zu einem Bedeutungsverlust der EU führe. Als Antwort darauf bekräftigte **Rühe**, dass die EU trotz Krise nicht so schwach sei und zudem ihre Attraktivität nicht verloren habe, wie das ungebrochene Beitrittsinteresse zeige. Es sei ein in der Geschichte einmaliges Integrationsprojekt, das momentan aber eine neue Ausrichtung erfahren müsse. Diese könne in der Öffnung nach Osten und der verstärkten Kooperation mit Russland bestehen.

Mützenich schloss seinen Beitrag mit der Feststellung, dass sich neben den seit vielen Jahren bestehenden Problemen wie der Raketenabwehr oder der Abrüstung neue Herausforderungen anbahnten. Diese frühzeitig zu erkennen und auf eine Lösung hinzuarbeiten, müsse ein gemeinsames Ziel für die NATO, für andere Organisationen wie die EU, aber auch für die Russische Föderation werden. Nur dann könne eine effektive Kri-

senprävention gelingen. Dazu zählte **Mützenich** vor allen Dingen die Bewaffnung des Weltraums sowie die Arktis, wo sich durch das Abschmelzen der Eisdecke in den nächsten Jahrzehnten neue Erschließungsmöglichkeiten für Rohstoffe bieten würden.



R. Mützenich, H. Gärtner

Karaganow merkte dazu an, dass in der Arktis zwar aus militärischer Sicht keine Bedrohungen entstünden, wirtschaftliche Interessen aber durchaus zu Konflikten führen könnten. **Franz Thönnes** regte an, diese Region nicht nur als Problemfeld, sondern auch als Chance für die Schifffahrt, die gemeinsame Ressourcennutzung, Forschung sowie den Umweltschutz anzusehen. Er stellte dar, dass die „Arktischen Fünf“, USA, Kanada, Dänemark, Norwegen und Russ-

land, zwar Kooperation und friedliche Konfliktlösung ankündigten, durch ihre Handlungen wie Truppenverlegungen, Flugübungen und die Errichtung von Stützpunkten diese Absicht aber infrage stellten. Die Arktis sei als ein Test anzusehen, bei dem die Chance bestehe, einen neuartigen gemeinsamen Raum zu schaffen.

Sergej A. Karaganow griff zahlreiche Thesen aus der vorhergegangenen Diskussion auf und betonte die Bedeutung eines gemeinsamen strategischen Ziels als Voraussetzung für die Zusammenarbeit zwischen Russland und dem Nordatlantikkpakt sowie das sich aktuell bietende „Fenster der Möglichkeiten“. Gleichzeitig spielte aber auch die Kooperation mit der Russischen Föderation für die EU eine große Rolle, da hier die gemeinsame Kultur eine gute Grundlage bilde. **Karaganow** wies darauf hin, dass gerade Sicherheitsfragen wie die Raketenabwehr oder die Rüstungskontrolle vorrangig einer Lösung bedürften, schätzte allerdings die Chance als eher gering ein. Abschließend stellte er mit Blick auf die zukünftige globale Entwicklung fest, dass sich das Gewicht zunehmend nach Osten verschiebe. Vor allem China stelle ein neues Machtzentrum dar und hätte für die USA einen immer höheren Stellenwert. Daher prognostizierte **Karaganow**, dass sowohl die EU als auch Russland an Bedeutung verlören und aus diesem Grund einer gegenseitigen strategischen Annäherung bedürften, um ihre Positionen zu stärken.

Mit dieser Frage setzte sich auch **Heinz Gärtner** auseinander und erklärte, dass sowohl die Zeit der Bipolarität als auch die der Unipolarität vorüber sei. Es entwickle sich eine multipolare Welt, allerdings sei dieser Begriff nicht optimal, da er zu stark die Polarisierung betone und das Denken in Blöcken fördere. Er unterstützte dagegen den von Hillary Clinton kürzlich gebrauchten Begriff einer „multipartner world“, der die Zusammenarbeit hervorhebe. **Iwanow** merkte dazu an, dass Multipolarität nicht notwendigerweise die Spaltung fördere, vielmehr könne man von einer durch gemeinsame Verträge gestalteten Aufteilung von Aufgaben sprechen. Der Begriff „multipartner world“ sei dem nicht

vorzuziehen, da gerade die USA Partnerschaften exklusiv begriffen und sich somit die Abgrenzung eher verstärkte. **Rotfeld** fügte hinzu, dass die Welt sich in Bezug auf Sicherheits Herausforderungen jetzt schon stark verändert habe, denn die Gefahr ginge nicht mehr von großen und mächtigen Staaten, sondern vielmehr von kleinen, innenpolitisch instabilen Ländern aus. Daher stellten sich auch neue Aufgaben an die internationalen Institutionen, die eine Antwort auf diese Entwicklung finden müssten.

Panel 3:

Revolution im Nahen Osten und die Folgen

Das dritte Panel widmete sich den aktuellen Entwicklungen und Revolutionen im Nahen Osten und in Nordafrika sowie deren Folgen aus innenpolitischer, geostrategischer und wirtschaftlicher Sicht. Dass die aktuellen Entwicklungen in dieser Region von großer Bedeutung sind, kam bereits in den ersten beiden Panels zum Ausdruck. Darüber hinaus wurde die militärische Intervention in Libyen ebenso angesprochen wie die deutsche und russische Enthaltung bei der Abstimmung über die Resolution 1973 im UN-Sicherheitsrat. Diese Diskussion wurde in Panel 3 intensiviert. Daneben wurden weitere zentrale Punkte der Ereignisse im Nahen Osten aufgegriffen: die Bewertung der innen- und geostrategischen Dimension der Revolutionen, die Auswirkungen auf den Energiemarkt auch vor dem Hintergrund der Ereignisse von Fukushima sowie Zukunftsperspektiven und Handlungsmöglichkeiten.

Während die deutsche Seite mit aller Vorsicht optimistisch in die Zukunft blickte und dabei Geduld und Hilfsbereitschaft der internationalen Gemeinschaft forderte, äußerte sich die russische Seite zur politischen Zukunft im Nahen Osten kritischer und betonte das Destabilisierungspotenzial der Ereignisse.

In seiner Einführung benannte **Reinhard Krumm** drei Kriterien, die bei der Bewertung der Ereignisse zu beachten seien: Erstens müsse man die innenpolitischen Ausmaße und Folgen berücksichtigen. Die einzelnen Länder dürfe man nicht als bloße Objekte ansehen, vielmehr seien sie als handlungsfähige Subjekte wahrzunehmen. Zweitens gelte es nach den geostrategischen Auswirkungen der Ereignisse zu fragen, insbesondere im Hinblick auf Iran und die Türkei. Drittens seien die Folgen in wirtschaftlicher Hinsicht zu berücksichtigen, so vor allem in ihren Auswirkungen auf den Erdöl- und Energiemarkt.

Elena A. Telegina erörterte in ihrem Referat die Auswirkungen der Ereignisse auf den Energiemarkt. Zunächst sei die wichtige Rolle des Nahen Ostens für den globalen Ener-



W.G. Baranowskij, E.A. Telegina, K.-D. Bergner

giesektor hervorzuheben, die sich an der Erhöhung des Ölpreises seit Beginn des arabischen Frühlings zeige. Die westlichen Länder spürten insbesondere den Ausfall der Lieferungen aus Libyen; so exportierte Libyen 19 % des Öls nach Deutschland und 38 % nach Italien. Dies habe jedoch nur kurzfristige Auswirkungen auf den Markt. Denn unabhängig von der künftigen politischen Ausgestaltung würden die Regierungen im Nahen Osten weiterhin auf den

Ölexport als Einnahmequelle angewiesen sein. Eine Energie- bzw. Finanzkrise sei somit ausgeschlossen.

Auf den Energiemärkten könne man generell zwei Tendenzen erkennen:

1. Es lasse sich ein Trend zur Regionalisierung der Energiemärkte ausmachen. Infolge der abnehmenden politischen Stabilität im Nahen Osten würden viele Länder (z.B. die USA oder China) versuchen, weniger abhängig vom dortigen Energiemarkt zu sein und den eigenen Energiesektor auszubauen. Dies erfordere aber neue Energiestrategien der Großlieferanten, zu denen auch Russland gehöre.
2. Die Ereignisse in Fukushima würden zudem das Ende einer Renaissance der Atomenergie bedeuten. Ein Rückgang des weltweiten Anteils der Atomenergie in den nächsten 20 bis 30 Jahren sei abzusehen. Jedoch führe die daraus resultierende zunehmende Konzentration auf Kohle und andere fossile Brennstoffe auch zum Anstieg der Preise. Es sei abzusehen, dass viele Länder diese Preisentwicklung nicht akzeptieren und nach neuen Alternativen suchen werden.

In seinen einführenden Bemerkungen stellte **Henner Fürtig** zunächst den Begriff der „Revolution“ in der arabischen Region zur Diskussion. Handle es sich wirklich um grundlegende soziale und politische Umgestaltungen oder könne man eher von Revolten sprechen, bei denen die Regime in der Substanz bestehen blieben und lediglich die einzelnen Amtsträger ausgetauscht würden? Es müsse berücksichtigt werden, dass es trotz einiger Gemeinsamkeiten grundlegende Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern gebe. Insofern sei es falsch, von einem Domino-Effekt der Ereignisse zu sprechen.

Im Hinblick auf die betroffenen Länder ließen sich drei gemeinsame Elemente benennen:

1. Bis auf Israel seien alle Staaten des Nahen Ostens Autokratien.
2. Es gebe bei allen Regimen einen Unwillen, Reformen durchzuführen, die den Anforderungen des 21. Jahrhunderts entsprechen.
3. Es handle sich um sehr junge Gesellschaften, so seien ca. 70 % der Bevölkerung nicht älter als 30 Jahre. Diese demographische Struktur habe dazu geführt, dass der Staat als einst größter Arbeitgeber unfähig geworden sei, mit dieser Entwicklung umzugehen und versäumt habe, entsprechende Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.

Dennoch seien die Unterschiede hervorzuheben. Während in Tunesien die Aufstände ihren Ursprung im ländlichen Agrarbereich hätten und die Städte nur sukzessive erfasst worden seien, seien die Proteste in Ägypten von vornherein ein ausschließlich städtisches Phänomen gewesen. Dagegen spielten die sozio-ökonomischen Aspekte in Libyen keine große Rolle, vielmehr sei der Wunsch, Gaddafi zu stürzen, der Auslöser der Proteste gewesen.

Aleksandr I. Schumilin charakterisierte die Ereignisse als Prozesse der politischen Umwandlung mit minimalem Einfluss auf den wirtschaftlichen Sektor, bei denen drei „Neins“ geäußert würden:

- „Nein“ zum politischen Führer, „Ja“ zu einem gewählten Präsidenten;
- „Nein“ zur dominierenden herrschenden Partei, „Ja“ zu konkurrierenden und wählbaren Parteien;
- „Nein“ zur Einschränkung der Medien, „Ja“ zur Meinungsfreiheit.

Wilhelm Hankel zufolge weisen die Ereignisse grundsätzliche Merkmale von Revolutionen auf: Sie hätten ihren Ursprung im Volk und seien aufgrund der Unzufriedenheit der sozialen Ungleichheit ausgelöst worden, die in den arabischen Ländern durch die gemeinsame Sprache und das arabische Fernsehen transportiert werde. Sie verfolgten das Ziel, Perspektiven für die junge Bevölkerung zu öffnen. Ob alle Revolutionen jedoch zum selben Ergebnis führten, sei offen.

Ein großer Teil der Diskussion konzentrierte sich auf die Bewertung der Rolle der islamistischen Parteien für die politische Zukunft der Länder. **Rolf Mützenich** gab zu bedenken, dass Prognosen darauf hindeuteten, dass diese Parteien in der Lage wären, zwischen 20 und 30 % der Wähler an sich zu binden. Deshalb sei es ratsam, sie nicht vom politischen Diskurs auszuschließen. Vielmehr würde ihre Mitwirkung in der Regierung aufzeigen, welche Position sie in der Lösung vieler gesellschaftlicher Probleme einneh-

men. Diesbezüglich vertrat auch **Aleksej W. Malaschenko** die Auffassung, dass die Rückkehr der islamistischen Parteien in die Politik unvermeidlich sei und dass insbesondere die Muslimbrüder künftig politische Posten besetzen würden.

Henner Fürtig betonte, dass der Islamismus eine heterogene Strömung sei, die man differenziert betrachten und bewerten solle. Auf gängige Klischees müsse man dabei verzichten. Zwar sei die Muslimbruderschaft als Mutterorganisation der islamistischen Bewegungen per se nicht demokratisch, sondern hierarchisch aufgebaut, allerdings gelte es, eine politische Antwort zu geben, was man bisher versäumt habe. Insofern sei auch das Argument schwach, dass man die Regime unterstützt habe, um ein Aufkommen der islamistischen Bewegungen zu verhindern. Eine besondere Rolle spiele die Muslimbruderschaft als bestimmender Akteur in den Berufsgenossenschaften, die in Ägypten einen Ersatz für politische Parteien bildeten. Sie setze sich hauptsächlich aus jungen Leuten zusammen, die sich bei den Protesten in Ägypten zunächst zurückhaltend, danach aber zusehends aktiv beteiligt haben. Auch gebe es Differenzierungen in der Muslimbruderschaft, so sei zum Teil auch die Forderung nach größerer Mitsprache der Frauen zu verzeichnen. Der moderne Islamismus sei folglich von einem terroristischen Islamismus zu unterscheiden.

Eine andere Meinung vertrat **Aleksandr I. Schumilin**, der trotz der Heterogenität der Muslimbruderschaft ihre einheitliche Führung in den Mittelpunkt stellte. Zwar sei im Fall Libyen die Gefahr einer Islamisierung nach Gaddafi nicht groß, ein negativer Ausgang des Krieges würde den Kampf der Islamisten gegen den Westen und Russland dennoch verstärken. Um dieser Gefahr vorzubeugen, dürften der Westen und Russland nicht die islamistischen Bewegungen, sondern müssten die politischen Parteien unterstützen. Kritisch äußerte sich auch **Dmitrij W. Suslow**, der dem Optimismus widersprach, der politische Islam werde in der Region nicht an Einfluss gewinnen; die endgültigen Konsequenzen seien noch nicht absehbar.



A.I. Schumilin, R. Krumm, H. Fürtig

Im Hinblick auf die regionalen Auswirkungen der Ereignisse sah **Henner Fürtig** einen schleichenden Wandel in der Machtkonstellation im Nahen Osten zugunsten der nicht-arabischen Staaten. Sollte der politische Wechsel in Ägypten jedoch gelingen, könne das Land wieder als arabische Führungskraft auftreten. Da Ägypten aber derzeit dramatische Einnahmeverluste verzeichne, wäre dafür finanzielle Hilfe von außen nötig, beispielsweise durch Schuldenerlasse oder Umschuldung.

Auch hätten die Ereignisse gezeigt, dass Monarchien deutlich stabiler seien als republikanische Regime. Gelängen die Umstürze, würden sich die neuen demokratischen Staaten eher nach Europa und die Monarchien eher nach Asien orientieren. **Alek-**

sandr I. Schumilin betonte hingegen, dass die Revolutionen auch auf Monarchien wie z.B. Saudi-Arabien übergreifen könnten. Auch **Wladimir P. Nasarow** betonte, dass die Welle der Revolutionen selbst Zentralasien erreichen könnte. Auch würden die Ereignisse ein Destabilisierungspotenzial für den Westen beinhalten. **Aleksej W. Malaschenko** verwies auf die Entwicklungen in Jemen, die seiner Auffassung nach noch zu wenig von der internationalen Gemeinschaft wahrgenommen würden.

Mit **Rolf Mützenichs** Frage nach dem möglichen Einfluss des arabischen Frühlings auf die innenpolitische Lage Russlands beschäftigte sich **Wladimir A. Ryschkow**. Viele der in den arabischen Revolutionen virulenten Faktoren sah er auch in Russland präsent. Seiner Meinung nach werde durch die Ereignisse die Frage aufgeworfen, wie stabil rohstofforientierte Autokratien seien. Die Umstürze verwiesen damit indirekt auf eine bevorstehende Krise in Russland, für die mehrere Ursachen in Frage kämen: Die alleinige Macht des nationalen Leaders; der große Vertrauensverlust in die regierende Partei „Einiges Russland“, was sich aufgrund der Zensur der Medien insbesondere in der hohen Internetnutzung zeige, sowie die Zunahme der ethnischen Spannungen im Hinblick auf die anhaltenden Probleme im Nordkaukasus und das sinkende Wirtschaftswachstum verbunden mit dem Rückgang der Bevölkerung. Eine unangemessene Einschätzung des Potenzials von rohstofforientierten Autokratien könnte somit eine schwerwiegende Destabilisierung der Situation in Russland auslösen.

Bereits in den ersten beiden Panels wurde die Intervention in Libyen auf Basis der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrats aufgegriffen. So betonte **Völker Rühle**, dass die Enthaltung Deutschlands und Russlands im UN-Sicherheitsrat lediglich eine vorgetäuschte Gemeinsamkeit darstelle, da hinter diesem Abstimmungsverhalten sehr unterschiedliche Interessen stünden. Während die deutsche Enthaltung als ein implizites „Nein“ verstanden werden könne, würde die russische Enthaltung eine Intervention in Libyen de facto unterstützen. Rühle hob hervor, dass Bündnisse gerade für Deutschland eine zentrale Rolle spielten und verurteilte daher die Enthaltung im Sicherheitsrat, da dadurch die deutsche Glaubwürdigkeit als Partner untergraben würde. Zudem habe sich Deutschland unfähig gezeigt, strategische Vorschläge zu machen und eine führende politische Rolle zu übernehmen. **Gerhard Mangott** vermutete, dass die Enthaltung Russlands, die die Operation in Libyen erst ermöglichte, auf das politische Kalkül hinweise, die NATO könnte mit dem Einsatz scheitern und Russland anschließend zum Beispiel als Vermittler eine wichtige Rolle spielen. Diesen Vorwurf wies **Aleksandr V. Gruschko** zurück und betonte, dass die rechtliche Grundlage der Kampfhandlungen in Libyen gänzlich unklar sei, da es sich einerseits um einen vom Sicherheitsrat legitimierten NATO-Einsatz handle, andererseits aber kein NATO-Mitglied bedroht sei und die Operation damit der Zuständigkeit nach Art. 5 des NATO-Vertrags nicht entspreche. Vielmehr erinnere sie an den Versuch, gezielt das politische Regime in Libyen zu stürzen, auch wenn dies der UN-Resolution 1973 widerspreche.

Henner Fürtig machte drei mögliche Szenarien aus:

1. Die Kämpfe münden in einen längeren Bürgerkrieg, da als Folge der Intervention eine gewisse Waffengleichheit zwischen den Konfliktparteien erreicht wurde.
2. Das Gaddafi-Regime hält sich an der Macht. Dann müsste sich die internationale Gemeinschaft entscheiden, ob sie sich erneut mit Gaddafi arrangiere oder ob sie einen Regimewechsel herbeiführen wolle.
3. Die Aufständischen haben Erfolg und Gaddafi verliert seine Macht. Die Folgen wären allerdings unklar, da die Opposition lediglich der Wunsch nach dem Sturz Gaddafis geeint habe. Darüber hinaus seien ihre Interessen sehr stammesabhängig bestimmt und auch nicht direkt auf Demokratie ausgerichtet. Insofern würde sich eine internationale Militärpräsenz als nötig erweisen.

Fürtig sprach sich dafür aus, auch regionale Führungsmächte und Länder wie Brasilien und Südafrika unter der Führung der UN stärker in die Pflicht zu nehmen.

Aleksandr I. Schumilin machte zwei Ansätze in der russischen Politik zu Libyen aus – den von Wladimir Putin, der die Rüstungsindustrie als vorrangigen Schwerpunkt betrachte und den von Dimitrij Medwedjew, für den die Nachfolge Gaddafis im Mittelpunkt stehe. Zudem konstatierte **Schumilin** eine inkonsequente Strategie der Staatengemeinschaft bei der Intervention, da Ziele und Mittel nicht übereinstimmen würden. Allerdings füge sich die Intervention in die Entwicklung des Völkerrechts in Gestalt der *Responsibility to Protect*. **Wladimir P. Nasarow** kritisierte die langjährige Status-Quo-Politik der westlichen Staaten, die seiner Meinung nach erst zu den Ereignissen im Nahen Osten geführt habe. In Libyen sei man in eine Sackgasse geraten, in der eine Bodenoperation gefährliche Konsequenzen hätte. Jetzt käme es darauf an, das Völkerrecht zu wahren und dessen behutsame Anpassung an die aktuelle Situation zu gewährleisten. **Günter Joetze** hielt es für ziemlich unwahrscheinlich, bei der geäußerten Vielfalt der Meinungen zu einer Übereinstimmung zu gelangen. Wer im Sicherheitsrat zur Resolution 1973 schweige, könne sich nicht anschließend über einen *mission creep* beschweren. Die Anerkennung der *Responsibility to Protect* sei ein enormer Fortschritt im Völkerrecht. Zu beachten sei, wie weit man damit gehen könne und wie sie sich zur kommenden *Responsibility to Reconstruct* verhalten werde. **Andrej W. Sagorskij** stellte fest, dass letztlich zwischen Russland und dem Westen Konsens darüber bestehe, dass Gaddafi abtreten solle, was durch die Resolution 1973 verdeutlicht werde. Allerdings sei fraglich, wer seinen Platz einnehmen werde.

Bei den Kriterien für eine Bewertung der Ereignisse und als Ausblick für die Zukunft vertrat **Aleksej W. Malaschenko** die Meinung, dass eine qualitative Veränderung im Nahen Osten nicht absehbar sei und es lediglich eine minimal demokratische Entwicklung geben könne. Eher würden die autoritären Regimes restauriert werden. Auch sei es

aufgrund der verbreiteten Korruption auszuschließen, dass die Reformen Erfolg haben würden. Auch **Ewald Böhlke** stimmte zu, dass stabile Verhältnisse für die nahe Zukunft fraglich seien. Vielmehr sei es wahrscheinlich, dass es noch lange Regime mit autokratischen Zügen geben werde. **Aleksandr I. Schumilin** vertrat die Auffassung, dass die USA bereits Kontakte zur Opposition und damit mehr politische Möglichkeiten für die Zukunft hätten. Russland wäre im Falle einer politischen Neuausrichtung gezwungen, gewisse Verluste hinzunehmen, weil es ausschließlich auf die autokratischen Regime gesetzt hätte, und könne bei einem Machtwechsel auch schlichtweg ignoriert werden.

In seinem Resumée betonte **Henner Fürtig**, dass man sich zunächst zu den Demonstrierenden bekennen solle. Als weiterer konkreter Schritt wäre es unverzichtbar, Berufsbildungsprogramme für Jugendliche zu konzipieren und die notwendigen finanziellen Mittel dafür bereitzustellen. Insgesamt seien Zuversicht und Durchhaltevermögen der internationalen Gemeinschaft nötig; man müsse sich auf Übergangsphasen der Unsicherheit und Instabilität einstellen und sich fragen, welcher Wert dem strategischen Ziel, der Entwicklung von Demokratien in der südlichen Nachbarschaft, zukomme. Man dürfe nicht in eine Angststarre verfallen und müsse auf veraltete Konzepte des *political engineering* verzichten. Stattdessen solle man deutlich eine erhöhte Hilfsbereitschaft signalisieren.

Panel 4:

Multivektorielle Außen- und monovektorielle Innenpolitik? Die Ukraine zwischen Ost und West

Das abschließende Panel befasste sich mit der Ausrichtung der Außen- und Innenpolitik der Ukraine in ihrer Stellung zwischen Russland im Osten und der Europäischen Union im Westen. Dabei war ein Thema der Beitritt der Ukraine zur Zollunion mit Russland, Weißrussland und Kasachstan oder, alternativ, die Annäherung an die Europäische Union durch die Schaffung einer gemeinsamen Freihandelszone. Daneben wurde auch die Bedeutung der Östlichen Partnerschaft der EU ebenso wie die Entwicklungen in der ukrainischen Innenpolitik diskutiert.

In seinem einleitenden Vortrag vertrat **Dmitrij I. Wydrin** eine skeptische Sicht auf das aktuell aufgeflammete Thema eines möglichen Beitritts der Ukraine zur Zollunion mit Russland, Kasachstan und Weißrussland. Es gebe drei Faktoren, die einen mittelfristigen Beitritt unmöglich machten: Erstens hätten Russland und die Ukraine zwei unterschiedliche und unvereinbare politische und ökonomische Systeme, die auch künftig weiter auseinanderdriften würden. Bisher seien diese Unterschiede unterschätzt worden. Zweitens bevorzugten es die ukrainischen Eliten, gegen verschlossene Türen zu rennen, statt

bestehende Chancen zu nutzen. Drittens sei auch fraglich, welchen wirtschaftlichen Nutzen die Ukraine durch einen Beitritt zur Zollunion hätte. So habe sich Russland bisher nicht an der Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze beteiligt.

Auch **Irina J. Kobrinskaja** betrachtete einen Beitritt der Ukraine zur Zollunion kritisch, da die Ukraine dadurch ihre politische und ökonomische Souveränität preisgeben würde. Zwar seien die Spannungen zwischen Russland und der Ukraine seit der Wahl Wiktor Janukowytschs abgebaut worden, dennoch sei die Ukraine bestrebt, sich weiter von Russland zu entfernen und keine Bündnisse mit Russland einzugehen. So habe sich auch der jetzige ukrainische Außenminister Hryschtschenko zugunsten Europas ausgesprochen, nachdem der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, klar gemacht habe, dass die Ukraine nur eine Wahl zwischen der Zollunion oder der Freihandelszone mit der EU habe. Zwar sei diese Wahl zugunsten der EU noch nicht endgültig, doch zeige sie, dass für die Ukraine – ebenso wie für Russland – eine Annäherung an Europa und eine Partnerschaft mit der Europäischen Union sehr wichtig seien. Anders als Polen, das sowohl Mitglied der EU als auch der NATO sei, sehe die Ukraine derzeit aber keine Möglichkeit der EU beizutreten, und die EU sei weder bereit, die Ukraine aufzunehmen noch sich in naher Zukunft zu erweitern. Betrachte man das Meinungsbild in der ukrainischen Bevölkerung, so unterstütze eine überwiegende Mehrheit einen Beitritt der Ukraine zur EU und lediglich 16 % sprechen sich dagegen aus. 35 % der Bevölkerung befürworteten zugleich auch enge Beziehungen zu Russland. Der Anteil derer, die sich nur für ein Bündnis mit Russland oder der EU aussprechen, betrage 19 % bzw. 14 %. Diese pragmatische Auffassung der ukrainischen Bevölkerung zeige, dass sowohl die Beziehungen zur EU als auch zu Russland von großer Bedeutung seien. Vor diesem Hintergrund betonte **Kobrinskaja**, dass die Kooperation zwischen der Ukraine und Russland vertieft werden könne, auch ohne einen Beitritt zur Zollunion.

Die Errichtung einer Freihandelszone der EU mit der Ukraine befürwortete **Patricia Flor**. Sollte das Assoziierungsabkommen mit der EU, das die Schaffung einer Freihandelszone beinhalte, noch 2011 unterschrieben werden, würde dies ein Schlüsseljahr für den „europäischen Vektor“ der Ukraine werden. Zum einen würde ein vertieftes Handelsabkommen eine Integration der Ukraine in einen europäischen Binnenmarkt ermöglichen. Zum anderen bedeute es auch die Übernahme europäischer Normen und Standards, was die Reform der ukrainischen Wirtschaftsstrukturen beschleunigen könne. Zwar entstünden bei einem Beitritt zur Freihandelszone auch Kosten, jedoch würde die Wettbewerbsfähigkeit der Ukraine gefördert werden, indem eine wirtschaftliche Öffnung für Produkte auf dem Weltmarkt erfolge. Flor betonte, dass die Ukraine ein europäisches Land sei und insofern ein europäischer Vektor etwas Natürliches sei. Deshalb fördere Deutschland eine aktive Annäherung der Ukraine an die EU, gleichzeitig unterstütze die deutsche Regierung aber auch einen starken russischen Vektor. Eine gute Zusammenarbeit der EU mit der Ukraine schließe somit eine Kooperation zwischen Russ-

land und der Ukraine nicht aus. Hierbei müsse man aber einen produktiven Interessenausgleich anstreben, der nicht mit einem Nullsummenspiel gleichzusetzen sei, sondern positive Perspektiven für alle drei Parteien biete. Diese Einschätzung werde auch von der ukrainischen Regierung geteilt. So habe sich durch den Vertrag von Charkiw Wiktor Janukowytsch um eine Wiederannäherung an Russland bemüht, ebenfalls aber am Kontakt zur EU festgehalten. Allerdings gebe es Unvereinbarkeiten: So schließe eine ukrainische Mitgliedschaft in der Zollunion eine Freihandelszone mit der EU aus. Ein Beitritt zur Zollunion würde auch das größere Projekt eines ukrainischen EU-Beitritts gefährden.

Aleksandr A. Dynkin hob vor diesem Hintergrund die schwierige Wahl der Ukraine hervor und fragte nach einer Möglichkeit, beide Alternativen zu verbinden. Diesbezüglich vertrat **Aleksandr V. Gruschko** die Meinung, dass sich Zollunion und Freihandelszone keineswegs ausschließen müssten.

Vielmehr würde ein Beitritt der Ukraine zur Zollunion bei gleichzeitiger Annäherung an Europa auch den Interessen der EU entsprechen, da dadurch die Wirtschaft transparenter werde und Bereiche, die früher vom nationalen Recht geregelt worden seien, nun vom internationalen Recht kontrolliert würden. Einen anderen Schwerpunkt setzte **Patricia Flor**, die als denkbare Lösung einen Freihandel in alle Richtungen



A.A. Dynkin, A. Rotfeld, A.V. Gruschko

vorschlug: Die Ukraine könnte neben dem Freihandelsabkommen mit der EU auch ein Abkommen mit der Zollunion oder dem GUS-Raum abschließen. Dieser Schritt würde durch einen Beitritt Russlands zur WTO erleichtert werden. Jedoch betonte sie, eine Voraussetzung für eine intensivere Partnerschaft zwischen der EU und der Ukraine sei, dass letztere sich auch innenpolitisch an europäischen Standards orientieren müsse. Die EU definiere sich nicht nur als Wirtschafts-, sondern auch als Wertegemeinschaft und stelle somit einen anspruchsvollen Partner dar, der die aktuellen Entwicklungen in der Ukraine genau beobachte.

In diesem Zusammenhang kritisierte **Ewald Böhlke** den Normenkatalog, mit dem die EU an die Ukraine herantrete und fragte, an welcher Stelle es konkret beim Freihandelsabkommen Probleme gebe. Während es z.B. in den Beziehungen zwischen der Ukraine und der Türkei insbesondere im Transportsektor hohe Wachstumsraten gebe, werde diese Entwicklung von Deutschland nicht berücksichtigt. Stattdessen würden immer größere politische Forderungen gestellt. Die entscheidende Frage sei jedoch, was die EU der Ukraine bieten könne.

Im Unterschied dazu verwies **Winfried Schneider-Deters** auf die Konkurrenz zwischen der EU und Russland um die wirtschaftliche Integration der Ukraine. So sei die Aufforderung Russlands an die Ukraine, der Zollunion beizutreten, seit März/April 2011 drängender geworden. Es müsse eine Entscheidung zwischen einer europäischen und einer euroasiatischen Integration getroffen werden. Bisher habe Wiktor Janukowytsch die wirtschaftliche Integration der Ukraine in den europäischen Binnenmarkt vorangetrieben, gleichzeitig halte er aber auch an guten Beziehungen zu Russland fest. Russland sei jedoch mit der Rolle des strategischen Partners allein nicht zufrieden. Janukowytsch propagiere zwar eine Fortentwicklung der Zusammenarbeit mit Russland, allerdings würde diese außerhalb einer formalen Zollunion liegen. Das habe er in seiner Rede zur Lage der Nation am 7. April 2011 anhand des 3+1 Konzepts (Russland/Weißrussland/Kasachstan + Ukraine) deutlich gemacht, in dem die Ukraine zwar wirtschaftlich mit den drei Ländern verbunden, jedoch nicht in die Zollunion integriert sei. Sowohl die manifeste Integrationskonkurrenz als auch die Unvereinbarkeit des Beitritts zur Zollunion mit dem Beitritt zum Wirtschaftsraum der EU führe zu einem Dilemma. Dessen Auflösung könne mithilfe der Etablierung einer Freihandelszone zwischen der EU und Russland gelingen. Dadurch würde der Weg hin zur einer „paneuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ (Wladimir Putin) ermöglicht werden.

Hinsichtlich der Schwierigkeit der Wahl sah **Adam D. Rotfeld** jedoch keine größeren Probleme, da die Ukraine fähig sei, mit beiden Seiten zusammenzuarbeiten. Er schlug vor, dass sie enge Beziehungen sowohl zu Brüssel als auch zu Moskau pflege. Ein Wettbewerb könne verhindert werden, bliebe die Distanz zu beiden Seiten gleich groß.

Mit der Bedeutung der geographischen Position der Ukraine zwischen Russland und der EU, beschäftigte sich auch **Hannes Adomeit** und betonte wiederum die trilaterale Konkurrenz im postsowjetischen Raum zwischen NATO, EU und Russland, in der sich die Ukraine befinde. Zu dieser Dreiecksbeziehung sei anzumerken, dass es kein konkretes Beispiel für eine Kooperation gebe. Stattdessen würde die Konkurrenz intensiviert werden, vor allem durch die Verstärkung von Russlands militärischer Position in Abchasien und Nordossetien. Für den Raum des sogenannten Zwischeneuropas konstatierte **Peter W. Schulze**, dass eine regionale Kooperation zwischen Europa und der Ukraine genauso wenig stattfinde wie zwischen dem Kaukasus und Zentralasien. Da diese Räume nicht durch eigene Interessen miteinander vernetzt seien, müsse die Stabilität von außen kommen, um das Vakuum zu füllen. Diese Aufgabe, für stabile Räume zu sorgen, liege in der gemeinsamen Verantwortung von Brüssel und Moskau. Zwar sei dies vorsichtig im Meseberger Memorandum Merkels und Medwedjews angeklungen, doch habe sich bisher wenig getan, da es weder eine effektive europäische Außenpolitik noch eine Initiative aus Moskau gegeben habe. Eine mögliche Bewegung könnte durch die Zusammenarbeit von Moskau und Brüssel im Transnistrien-Konflikt entstehen.

Irina J. Kobrinskaja zeigte sich mit der Existenz eines Zwischeneuropas nicht einverstanden. Das Vakuum existiere nicht mehr. Es gebe nun offene Türen um gemeinsame Lösungen zu finden. Insgesamt handle es sich um einen wirtschaftlichen Wettbewerb, von dem die Ukraine profitieren werde. Zudem würde Russland lernen, wie man im Wettbewerb eine Führungsrolle einnehme. Im Hinblick auf die gemeinsamen Aufgaben der EU und Russlands merkte **Dmitrij I. Wydrin** an, dass der Westen zwar grundlegende Reformvorschläge für die Ukraine präsentiere, aber nur wenige konkrete Details vorschlage, während es sich bei Russland umgekehrt verhalte.



I.J. Kobrinskaja, P. Flor

an, dass der Westen zwar grundlegende Reformvorschläge für die Ukraine präsentiere, aber nur wenige konkrete Details vorschlage, während es sich bei Russland umgekehrt verhalte.

In Anbetracht der besonderen Beziehungen der Ukraine zur EU wurde auch die Bedeutung der Östlichen Partnerschaft diskutiert. In diesem Kontext hob **Adam D. Rotfeld** zunächst hervor, dass die Östliche Partnerschaft sowohl in den östlichen Ländern als auch in der EU selbst stark kritisiert worden sei. Bisher habe sich die EU in der Östlichen Partnerschaft auf finanzielle Unterstützung beschränkt; es müsse jedoch berücksichtigt werden, wie ein Problembewusstsein innerhalb der östlichen Länder zu schaffen sei. So könne im Fall der Ukraine die EU beraten, um Hindernisse wie die Korruption bis in die Machtspitze zu überwinden, da diese immer noch das größte Problem in der politischen Entwicklung der Ukraine darstelle. Auch habe der Bereich der europäischen Nachbarschaftspolitik zunehmend an Bedeutung gewonnen. Hier könne die EU durch eigenes Beispiel ihrer Vorbildfunktion gerecht werden, und dadurch auch Einfluss auf die östlichen Länder ausüben.

Auf die Frage von **Vladimir Handl** nach der Zukunft der Östlichen Partnerschaft und der Möglichkeit, sie unter der polnischen Ratspräsidentschaft zu einem effizienteren Instrument auszubauen, antwortete **Patricia Flor**, dass man sich auf dem bevorstehenden Gipfel in Warschau zunächst vergewissern müsse, was die EU anbieten könne. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass das Engagement der EU im Osten Europas unabhängig von ihrem Engagement im Süden geschehe. Jedoch dürfe die Östliche Partnerschaft nicht vernachlässigt werden. Zudem müsse man sich fragen, wie man Partner mit Reformwillen belohnen könne. Damit die Östliche Partnerschaft effizienter werde, seien konkrete Initiativen notwendig, die die institutionellen Kapazitäten stärken und einen Mentalitätswandel in den Gesellschaften voranbringen. Insbesondere müssten Polen und Deutschland weiter aktiv zusammenarbeiten, um damit die Östliche Partnerschaft, die Beziehungen mit der Ukraine und jene mit Russland zu vertiefen.

Aleksandr V. Gruschko schlug vor, dass sowohl die EU als auch Russland die Integrationsprozesse im Osten Europas akzeptierten und Garantien schüfen, dass diese auch frei verlaufen. Im Hinblick auf die Östliche Partnerschaft betonte er, dass diese an Effizienz verliere, da es zunehmend Annäherungen auf regionaler und subregionaler Ebene gebe. In dieser Hinsicht führte **Irina J. Kobrinskaja** an, dass die Anreize zu Reformen nur in den Ländern Mitteleuropas wirksam gewesen seien. Zudem seien die Geldmittel zu gering gewesen, da komplizierte Prozesse und Krisen zu lösen gewesen wären. Außerdem sei die EU nicht bereit gewesen, diese Länder aufzunehmen. Insofern könne man auch von einer Surrogatpolitik sprechen. Während die Östliche Partnerschaft als Gegenstück zur Mittelmeerpartnerschaft konzipiert gewesen sei, gestaltete sie sich als Aktionsprogramm ineffizient. Als eine Variante für die Zukunft könne man überlegen, das Weimarer Dreieck (Frankreich, Deutschland, Polen) zu einem Viereck mit der Ukraine zu erweitern. Dessen Aufgabe könnte die gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte sein sowie die Anbahnung gemeinsamer Wirtschaftsvorhaben.

In der Diskussion wurde wiederholt angeführt, dass die ukrainische Außenpolitik von der Innenpolitik und der Stabilität des Landes abhängig sei. So betonte **Egbert Jahn**, dass nicht nur die Außen-, sondern auch die Innenpolitik der Ukraine multivektoriell betrachtet werden müsse, da beide zueinander in Wechselwirkung stünden. Eine innenpolitische Polarisierung führe demnach zu einer Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen, und *vice versa*. Dieser These stimmte **Patricia Flor** zu. Beide Vektoren müssten verfolgt und versöhnt werden. Sie führte an, dass die Ukraine für einen Wandel und eine zunehmende Modernisierung ein freies Spiel der Kräfte brauche; deswegen seien grundlegende Reformen unausweichlich. Man müsse einen modernen, den Anforderungen der Globalisierung genügenden, gesetzlichen Rahmen etablieren, der den Erwartungen der Bürger entspreche. Dabei müssten Rechtsunsicherheit und Korruption als Hindernisse für Investitionen bekämpft werden. Zudem seien eine weitere Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie eine starke Zivilgesellschaft wünschenswert. Hier sei die Ukraine nicht immer im Einklang mit den Grundwerten der EU verfahren. So habe es bei den Kommunalwahlen im Oktober 2010 erhebliche Unregelmäßigkeiten gegeben, wodurch der zuvor erfolgreich absolvierte Demokratietest bei den Präsidentschaftswahlen diesmal nicht erfüllt worden sei. Weiterhin gebe es Einschränkungen der Medienfreiheit, wodurch die Ukraine auch im Pressefreiheitsindex von *Reporter ohne Grenzen* vom 89. auf den 131. Platz gerutscht sei. Schließlich seien Mitglieder der früheren Regierungen verhaftet oder unter Hausarrest gestellt worden, was den Eindruck eines politisch motivierten Vorgehens erwecke.

Trotz aller Kritik habe man aber verstanden, dass ein Abbruch der Zusammenarbeit nicht hilfreich sei. Stattdessen gelte es in den Bereichen zusammenzuarbeiten, in denen eine Kooperation möglich sei. **Flor** merkte aber auch an, dass in den 20 Jahren der Unabhängigkeit der Ukraine bereits viel erreicht worden sei. Sie stelle einen Vorreiter des

demokratischen Aufbruchs dar und habe erhebliche Modernisierungsleistungen erbracht. Seit der Wahl Janukowytschs seien tiefgreifende politische Veränderungen in Gang gebracht worden und es gebe mehr Stabilität und größere Handlungsfähigkeit sowie auch erste Reformschritte. Als innenpolitischen Kritikpunkt benannte **Gerhard Mangott** dagegen die Legitimationserosion demokratischer Instanzen in der Ukraine, die sich vor allem durch massive Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme verstärkt haben.

Adam D. Rotfeld merkte an, dass von außen viele Entwicklungsprozesse in der Ukraine unterschätzt worden seien. So habe sich durch die Orange Revolution ein staatsbürgerliches Bewusstsein etabliert, das sich auch in der demokratischen Wahl Wiktor Janukowytschs geäußert habe. Allerdings sei anzumerken, dass es Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen gebe. Zwar bleibe die Ukraine weiterhin ein einheitliches Land, jedoch seien Tendenzen der Regionalisierung mancher Teile der Ukraine festzustellen. So sei beispielsweise der Westen des Landes sowohl von der ukrainischen Regierung als auch von der EU bisher vernachlässigt worden.

Mit Blick auf die demokratische Willensäußerung des ukrainischen Volkes bei den Präsidentschaftswahlen 2010 stimmte **Irina J. Kobrinskaja** Adam D. Rotfeld zu. Gleichzeitig kritisierte sie aber Wiktor Janukowytschs Politik der Unterdrückung der Opposition. Diese gefährliche Entwicklung zeige Ähnlichkeiten mit der Situation in Weißrussland und Georgien, da es auch hier keine Verständigung mit der Opposition gebe. Trotz dieser politischen Unsicherheiten äußerte sich **Kobrinskaja** optimistisch und betonte, dass die Ukraine auch in Zukunft ein unabhängiges und demokratisches Land sein werde.

Programm

Donnerstag, 28. April 2011

20.00 Uhr Abendessen

Freitag, 29. April 2011

10.00 Uhr Eröffnung durch die Veranstalter

10.15 Uhr **Die NATO, Russland und die gesamteuropäische Sicherheit**

Volker Rühle, Verteidigungsminister a.D., Hamburg

Igor S. Iwanow, Außenminister a. D., Moskau

12.30 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr **Fortsetzung: Russland in die NATO?**

Aleksandr V. Gruschko, Stv. Außenminister der Russischen Föderation, Moskau

Rolf Mützenich, MdB, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Sergej A. Karaganow, Dekan, Hochschule für Ökonomie, Moskau

16.30 Uhr Kaffeepause

17.00 Uhr **Revolution im Nahen Osten und die Folgen**

Henner Fürtig, Direktor, Institut für Nahost-Studien, GIGA, Hamburg

Alexander Schumilin, Institut für USA und Kanada Studien, Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau

Elena A. Telegina, Direktorin des Instituts für Geopolitik und Russische Energiesicherheit, Moskau

20.00 Uhr Abendessen

Samstag, 30. April 2011

9.30 Uhr

**Multivektorielle Außen- und monovektorielle
Innenpolitik?
Die Ukraine zwischen Ost und West**

Dmitrij I. Wydrin, Berater des ukrainischen Präsidenten, Kiew

Adam D. Rotfeld, Außenminister a. D., Warschau

Irina J. Kobrinskaja, IMEMO, Moskau

*Patricia Flor, Botschafterin, Beauftragte für Osteuropa,
Zentralasien, Kaukasus, Auswärtiges Amt, Berlin*

13.00 Uhr

Mittagessen und Schluss der Konferenz

ab 14.30 Uhr

Heidelberg – Geburtsort von Friedrich Ebert

Teilnehmer

Hannes Adomeit, Professor, Europakolleg, Warschau

Wladimir G. Baranowski, Stv. Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau

Klaus-Dieter Bergner, Managing Director, Euro Business Development GmbH, Wien

Ewald Böhlke, Society and Technology Research Group, Daimler AG, Berlin

Ulrich Brandenburg, Deutscher Botschafter in der Russischen Föderation, Moskau

Herta Däubler-Gmelin, Bundesministerin der Justiz a. D., Dusslingen

Matthias Dembinski, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt

Aleksandr A. Dynkin, Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau

Per Fischer, Head of Financial Institutions CEE&CIS, Commerzbank AG, Frankfurt

Patricia Flor, Botschafterin, Beauftragte für Osteuropa, Zentralasien, Kaukasus, Auswärtiges Amt, Berlin

Henner Fürtig, Professor, Direktor des GIGA Institut für Nahost-Studien, Hamburg

Heinz Gärtner, Universitäts-Professor, Österreichisches Institut für Internationale Politik, Wien

Aleksandr V. Gruschko, Stellvertretender Außenminister der Russischen Föderation, Moskau

Thomas Gutschker, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt

Vladimir Handl, Institut für Internationale Beziehungen, Prag

Wilhelm Hankel, Professor em., Königswinter

Gunther Hellmann, Professor für Politikwissenschaft, Universität Frankfurt

Markus Ingenlath, CDU-Bundesgeschäftsstelle, Leiter, Bereich Politische Programme und Analysen, Berlin

Igor S. Iwanow, ehem. Außenminister sowie Sekretär des Sicherheitsrats der Russischen Föderation, Moskau

Egbert Jahn, Prof. em., Universität Mannheim

Günter Joetze, Botschafter a.D., Königswinter

Alexander Kallweit, Leiter der Abteilung Internationaler Dialog, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Sergej A. Karaganow, Präsident, Rat für Außen- und Verteidigungspolitik, Dekan der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Hochschule für Ökonomie, Moskau

Irina J. Kobrinskaja, Senior Fellow, Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften, Exekutivdirektorin der Stiftung für Zukunftsforschung und Initiativen, Moskau

- Reinhard Krumm**, Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Russischen Föderation, Moskau
- Kersten Lahl**, Generalleutnant a.D., Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin
- Wladimir G. Lipajew**, Generalkonsul der Russischen Föderation, Frankfurt
- Aleksej W. Malaschenko**, Professor, Hochschule für Ökonomie, Carnegie-Stiftung, Moskau
- Gerhard Mangott**, ao. Universitäts-Professor, Institut für Politikwissenschaft, Universität Innsbruck
- Brigitte Marcher**, Leiterin, Fachbereich Europäische Union in der Akademie für Internationale Politik des Renner-Instituts, Wien
- Olaf Melzer**, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt
- Jürgen Möpert**, Leiter der Repräsentanz der Wintershall AG in der Russischen Föderation, Moskau
- Rolf Mützenich**, Mitglied des Deutschen Bundestags, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Berlin
- Winfried Nachtwei**, ehem. Mitglied des Deutschen Bundestags, Münster
- Wladimir P. Nasarow**, Sicherheitsrat der Russischen Föderation, Moskau
- Adam D. Rotfeld**, Außenminister a.D., Warschau
- Volker Rühle**, Bundesverteidigungsminister a. D., Hamburg
- Wladimir A. Ryschkow**, Professor, Hochschule für Ökonomie, Moskau
- Andrej W. Sagorskij**, Abteilungsleiter, Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Russische Akademie der Wissenschaften; Lehrbeauftragter, MGIMO, Moskau
- Boris J. Saritskij**, Seniorskonsul der Russischen Föderation, Frankfurt
- Frank Schauff**, Chief Executive Officer, Association of European Businesses, Moskau
- Eva Schmidt**, Wirtschaftsredakteurin und Moderatorin, ZDF/3sat, Mainz
- Hans-Joachim Schmidt**, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt
- Winfried Schneider-Deters**, ehem. Leiter der Vertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Ukraine, Schriesheim
- Wolfram Schrettl**, Professor für Volkswirtschaftslehre, Freie Universität, Berlin
- Hans-Henning Schröder**, Forschungsgruppenleiter, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- Peter W. Schulze**, apl. Professor, Georg-August Universität, Göttingen
- Aleksandr I. Schumilin**, Leiter des Zentrums für Nahost-Studien, Institut für USA und Kanada Studien, Russische Akademie der Wissenschaften, Moskau
- Hans-Joachim Spanger**, Programmbereichsleiter, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt
- Constanze Stelzenmüller**, Leiterin des Berliner Büros des German Marshall Fund of the United States, Berlin

Dmitrij W. Suslow, Stv. Forschungsdirektor, Rat für Außen- und Verteidigungspolitik,
Hochschule für Ökonomie, Moskau

Elena A. Telegina, Professorin, Gubkin Universität, Direktorin des Instituts für Geopolitik und
Russische Energiesicherheit, Moskau

Franz Thönnnes, Mitglied des Deutschen Bundestags, Parlamentarischer Staatssekretär a.D.,
Berlin

Reinhard Veser, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt

Hans-Friedrich von Ploetz, Botschafter a.D., Geschäftsführer der Stiftung Deutsch-Russischer
Jugendaustausch, Berlin

Karsten D. Voigt, ehem. Beauftragter der Bundesregierung für die transatlantischen
Beziehungen, Berlin

Johannes Voswinkel, DIE ZEIT Moskau

Stefanie Weiss, Leiterin des Projektbüros Brüssel der Bertelsmann Stiftung, Brüssel

Dmitrij I. Wydrin, Berater des ukrainischen Präsidenten, Kiew

Klaus Wittmann, Brigadegeneral d.R., Berlin

Dolmetscher

Walerij Kusawljow

Sergej Winogradow

Assistenz

Jewgenija Bakalowa

Viktor Frank

Konstanze Jüngling

Johannes Klassen

Vera Rogowa

Beobachter

Babette Knauer, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung

Jan Fahlbusch, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Projektkoordinierung in Russland

Maria Usatschewa, Friedrich Ebert Stiftung, Moskau